

Rentengipfel in Rostock – Der Kampf gegen Renten- ungerechtigkeit geht weiter!

Von Manfred Jonischkies, Mitglied des Beirates

Die Rosa-Luxemburg Stiftung, die Landtags- und die Bundestagsfraktion DIE LINKE hatten zum Rentengipfel mit Gewerkschaften und Verbänden am 24.01.2009 in die Stadthalle nach Rostock eingeladen und viele kamen – die Vertreter der Gewerkschaften, der Sozialverbände und -vereine, darunter auch Mitglieder von ISOR.

Der Rentengipfel stand unter dem Motto: »Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente!«

Die Anwesenden folgten aufmerksam den Ausführungen von Klaus Ernst und Dr. Martina Bunge (DIE LINKE), Dr. Herbert Bartsch (Bundesvorsitzender des BRH), Dr. Alfred Spieler (Bundesverband der Volkssolidarität) und Cornelia Töpfer (ver.di Nord).

Wiederholter Beifall während der Ausführungen der Referenten drückte die Zustimmung der Anwesenden aus. In der anschließenden Diskussion wurde, oftmals in bewegenden Worten, auf die derzeitige Rentenproblematik aufmerksam gemacht und auch Lösungsvorschläge wurden unterbreitet.

Worum geht es ?

1. Eine Angleichung des Rentenwertes Ost an Rentenwert West ist überfällig!

Mehr als 18 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD sind Festlegungen des Einigungsvertrages bezüglich eines einheitlichen Rentensystems nicht erfüllt. Der Rentenwert Ost ist derzeit um 12,1 % geringer als der Rentenwert West. Nach den jetzigen gesetzlichen Festlegungen kann eine Angleichung erst im nächsten Jahrhundert erwartet werden.

Fakt ist: Die Rentenentwicklung ist von der Lohnentwicklung abhängig. Die Höhe einer gesetzlichen Rente wird von der Dauer und Höhe der Rentenbeitragszahlung bestimmt, was durch die Anzahl der erworbenen Entgeltpunkte zum Ausdruck kommt. Da das Durchschnittseinkommen in den neuen Bundesländern 1990 unter 50 % des Einkommensniveaus West lag und damit für ein Jahr Beitragszahlung nur 0,5 Entgeltpunkte erworben worden wären, wurde der sogenannte Hochwertungsfaktor eingeführt, um diese Ungerechtigkeit zu vermeiden. Das war richtig! Da jedoch die vorgesehene Lohnangleichung Ost an West bis 1996 nicht erreicht wurde und

das Lohnniveau in den neuen Bundesländern aktuell noch 18 % niedriger ist, soll nach dem Willen der Bundesregierung der geringere Rentenwert Ost bis zur Angleichung der Lohn- und Einkommensverhältnisse bestehen bleiben. Einige Politiker, leider auch die Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, argumentieren, dass die zukünftigen Ostrentner durch die Angleichung der Rentenwerte sogar schlechter gestellt würden, da dann der Hochwertungsfaktor wegfallen müsse. Muss er das? Nein, er muss bis zur Lohnangleichung beibehalten bleiben. Was können die Rentner, Arbeiter und Angestellten in den neuen Bundesländern dafür, dass durch Lohndumping eine Lohnangleichung nicht erreicht wurde.

Fakt ist auch: Die durchschnittliche gesetzliche Rente ist im Osten höher. Sie ist vor allem deshalb höher, weil die Menschen längere Versicherungszeiten zu verzeichnen haben. Da es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gab und fast alle Frauen berufstätig waren, haben die Männer fünf und die Frauen neun Arbeitsjahre mehr, als in den alten Bundesländern. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Nach dem Rentenversicherungsbericht für das Jahr 2007 ist der Anteil der gesetzlichen Rente am Alterseinkommen der Rentner im Osten 92 % und im Westen nur 59 %, da Pensionen, Betriebsrenten u.a.m. nicht in die Berechnung der Durchschnittsrenten einbezogen werden.

Was wollen wir? Wir wollen, dass die Rentenungerechtigkeit beseitigt wird. Wir wollen, dass die Bundesregierung die Rentenungerechtigkeit nicht nur interpretiert, sondern Handlungsfähigkeit beweist und unter Einbeziehung der Vorschläge der Oppositionsparteien per Gesetzgebung ein System der Angleichung der Renten schafft. Das Argument, die Angleichung würde sechs Milliarden Euro kosten und würde zu höherer Verschuldung führen, ist unakzeptabel. Wer für »notleidende« Banken und Konzerne in kurzer Frist Rettungsschirme von mehreren Hundert Milliarden Euro zur Verfügung stellen kann, wird bei gutem Willen auch das Geld zur Beseitigung der Rentenungerechtigkeit aufbringen. Aber ist der gute Wille vorhanden?

Wir wollen, dass nach fast 20 Jahren die Lebensleistung der Menschen in Ost und West in gleicher Weise anerkannt werden. Ein Ausspielen der Rentner Ost gegen die Rentner West dürfen wir nicht zulassen.

2. Altersarmut muss verhindert werden

Wir wollen, dass auch künftige Rentnergenerationen von der gesetzlichen Rente menschenwürdig leben können.

Mit dem Gespenst der demographischen Entwicklung wurden Gesetze mit sogenannten »Dämpfungsfaktoren« für Rentenbezieher erlassen, um angeblich zukünftige Renten zu gewährleisten. Es stimmt: Die Menschen leben länger und der Bezug einer Rente wird sich auch verlängern, aber das muss nicht zur Rentenkürzung führen. Eine Unwahrheit wird nicht zur Wahrheit, auch wenn sie Politiker und sogenannte Experten hundertfach wiederholen. Demographische Veränderungen hat es in der Vergangenheit gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Die Lösung bietet die Steigerung der Produktivität. Im Jahr 2006 wurde im Durchschnitt je Einwohner fast 28.000 Euro Reichtum produziert und sogar der Lobbyist der Wirtschaft – Prof. Rürup – prognostiziert für 2030 eine Steigerung auf 38.150 Euro. Wo ist da eigentlich das Problem? Die ungleiche Verteilung der Gewinne ist das Problem.

Die Einführung des Riesterfaktors, des Nachhaltigkeitsfaktors und der Rente mit 67 führen für viele zukünftige Rentner in die Altersarmut. Lt. dem Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft haben die Rentner schon jetzt real 7,5 % niedrigere Rentenbezüge als 2003. Ein weiter so ist nicht hinnehmbar, und ein Ausspielen Jung gegen Alt dürfen wir nicht zulassen! Was können, ja was müssen wir tun? Bei aller Unterschiedlichkeit zu Detailfragen äußerten die Vertreter der Sozialverbände nicht nur Zustimmung, sondern riefen zum gemeinsamen Handeln auf.

Wir sind ein parteipolitisch unabhängiger sozialpolitischer Verein, anerkennen jedoch, dass DIE LINKE uns immer in unserem Kampf um Rentengerechtigkeit und Aufhebung des Rentenstrafrechtes unterstützt hat. DIE LINKE sagt klar: Keiner unserer Anträge wird wahrscheinlich in absehbarer Zeit im Bundestag die nötige Mehrheit erhalten, sie können aber Debatten anstoßen und auch andere Abgeordnete zum Handeln bewegen. Wir sollten alle Wahlkandidaten unterstützen, die uns im berechtigten Kampf beistehen. Dazu müssen wir wissen, wie sie zur Rentengerechtigkeit stehen und deshalb sollten sie zur Stellungnahme aufgefordert werden. Alle TIG sind aufgerufen, mit anderen Sozialverbänden gemeinsame Aktivitäten zu vereinbaren.

Die Mitglieder unseres Vereins, die am Rentengipfel in Rostock teilnahmen, hatten nach Beendigung dieser Veranstaltung das gute Gefühl, dass wir viele Bündnispartner haben, die sich solidarisch für Rentengerechtigkeit, Wertneutralität der Renten und zukunftssichere Renten in Ost und West einsetzen. Das erfüllt uns mit Optimismus – also handeln wir! □

Soziale Einheit in Deutschland?

Anmerkungen zu einer Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die im 2. Halbjahr 2008 eingebrochenen Anträge der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Angleichung der Rentenwerte Ost und West wurden in einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag am 19. Januar 2009 behandelt.

Die VOLKSSOLIDARITÄT Bundesverband e.V. hat ihre 8-seitige Stellungnahme veröffentlicht, aus der wir ihrer Bedeutung wegen die Zusammenfassung zitieren:

»Die Volkssolidarität begrüßt, dass die Fraktionen DIE LINKE, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit eigenen Anträgen die Initiative ergriffen haben, um in der Frage der Angleichung des Rentenwerts Ost an den für die alten Länder geltenden Rentenwert Lösungen anzuregen bzw. einzufordern. Dabei geht es um die Umsetzung des im Einigungsvertrag vereinbarten Versprechens, mit der Angleichung der Löhne und Gehälter in den neuen Ländern an die der übrigen Länder ›auch eine Angleichung der Renten zu verwirklichen‹. Nach einem dynamischen Prozess in den 90er Jahren ist jedoch zu verzeichnen, dass dieser langsamer verläuft und der Rückstand des Rentenwerts Ost gegenüber dem aktuellen Rentenwert bereits seit längerer Zeit bei etwa 12 Prozent liegt.

Die vorgelegten Anträge von FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen jedoch keine Lösung für die Überwindung des Rückstandes beim Rentenwert Ost vor, sondern stellen eine Stichtagslösung für eine Umrechnung (Vereinheitlichung) der Rentenwerte in den Vordergrund. Eine solche ›kostenneutrale‹ Lösung würde die materielle Benachteiligung der Betroffenen, die sich aus dem gegenwärtigen Rückstand des Rentenwerts Ost ergibt, nicht beseitigen, sondern sie festzuschreiben. Das von der FDP als Ersatz für eine Angleichung vorgesehene Abfindungsmodell ist als Lösung ungeeignet. Die vollständige (FDP) bzw. teilweise (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) Abschaffung der Hochwertung der in den neuen Ländern erzielten Verdienste bei den Rentenwartschaften würde die Beschäftigten in den neuen Ländern erheblich benachteiligen und die Ausprägung von Altersarmut begünstigen. Aus diesen Gründen kann die Volkssolidarität den vorgelegten Anträgen nicht zustimmen.

Die Volkssolidarität setzt sich bei der Angleichung des Rentenwerts Ost für eine stufenweise Lösung ein, die im Zuge der Vollendung der sozialen Einheit steuerfinanziert und nicht zu Lasten der Versicherten in den alten Ländern erfolgen soll. Bis zur Angleichung der Einkommen Ost-West soll die Hochwertung der Verdienste

der Beschäftigten in den neuen Ländern dem Grunde nach beibehalten werden.

Die Volkssolidarität unterstützt den von der Gewerkschaft ver.di vorgelegten Vorschlag für einen Angleichungszuschlag im Stufenmodell als geeignete Grundlage für die Angleichung des Rentenwerts Ost. Sie setzt sich dafür ein, diesen Vorschlag konstruktiv zu prüfen und in eine künftige gesetzliche Regelung einzubeziehen.«

Stellungnahmen haben auch der DGB, die Gewerkschaft ver.di, die Sozialverbände SoVD und VdK abgegeben, die allesamt die Anträge der FDP und B90/DIE GRÜNEN als für die Lösung des Problems ungeeignet bezeichnen.

Die Stellungnahme von ver.di beschränkt sich nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit den Anträgen, sondern stellt ausführlich ihr eigenes Modell, welches von den im »Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern« zusammengeschlossenen Gewerkschaften und Sozialverbänden unterstützt wird, vor.

In der Zusammenfassung dieser Stellungnahme heißt es:

»Die von der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Anträge zur – technischen – Rentenangleichung sind nach Ansicht von ver.di nicht geeignet, einheitliche Lebensverhältnisse für die Rentnerinnen und Rentner in Ost und West herzustellen; dies gilt insbesondere auch für die in den neuen Bundesländern Beschäftigten und damit künftigen Rentnerinnen und Rentnern, die durch die von der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Abschaffung der Hochwertung im Vergleich zur heutigen Rechtslage zusätzlich benachteiligt werden würden.

Zielführend ist hingegen der ver.di-Vorschlag für einen Angleichungszuschlag im Stufenmodell, der die Einkommenssituation der heutigen Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern spürbar verbessert, ohne die Beitragszahlerinnen und -zahler in Ost und West und die Rentnerinnen und Rentner in den alten Bundesländern zu belasten.

Die Einführung eines Angleichungszuschlags würde die seit Mitte der 1990er Jahre ins Stocken geratene Rentenangleichung beschleunigen und damit einen weiteren Schritt zur Vollendung der Deutschen Einheit darstellen. Diese Verbesserung wäre mit einer steuerlichen Belastung verbunden, die umso geringer ausfällt, je stärker der Aufholprozess in den neuen Bundesländern vorangetrieben werden kann. Es ist deshalb zum einen eine vordringliche Aufgabe der Sozialpartner, eine Verbesserung der

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand nahm auf seiner Sitzung am 28. Januar einen Bericht über aktuelle Probleme des Standes von Verfahren nach §§ 6 (2) und 7 AAÜG entgegen. Er setzte sich mit dem bisher nur mündlich bekannt gewordenen Urteil der 35. Kammer des Sozialgerichts Berlin zum § 7 AAÜG auseinander.

Der Schatzmeister erläuterte den Bericht über das Haushaltsjahr 2008 und den Entwurf für 2009. Der Vorstand stimmte seinen Ausführungen zu.

Eine Spende für das Ferienheim Heideruh in Höhe von 78,- € wurde vom Vorstand bestätigt.

Siegfried Felgner informierte über den Rentengipfel am 24.01.2009 in Rostock (siehe Leitartikel) Von besonderem Interesse ist dabei der Kampf um die Angleichung des Rentenwertes Ost an West, der auch im OKV aktiv unterstützt wird.

Löhne und Gehälter und eine flächendeckende Verbreitung von Tarifverträgen in den neuen Bundesländern zu erreichen. Zum anderen ist die Politik in der Pflicht, alles zu unternehmen, den Aufholprozess in den neuen Bundesländern zu beschleunigen. Weitere Maßnahmen sind erforderlich, um insbesondere den unteren Einkommensbereich besser rentenrechtlich abzusichern, wie z.B. die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von mindestens 7,50 €. die höhere Absicherung von Zeiten des Arbeitslosengeld-II-Bezugs und die Fortführung der Rente nach Mindesteinkommen.«

ISOR geht davon aus, dass dieser vorgestellte Weg eine geeignete Grundlage darstellt, um eine Perspektive zur Angleichung des Rentenwerts Ost zu eröffnen.

Dies wäre ein wichtiger Schritt, um im Bereich der Renten das »uneingeschränkte Bekenntnis« der Bundesregierung zur Überwindung der teilungsbedingten Unterschiede und insgesamt zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West – wie im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10454, S. 5) dargestellt – im 20. Jahr nach dem Mauerfall für die Menschen erlebbar zu machen.

Alle Stellungnahmen – einschließlich der des BDA, der DRV Bund und von Sachverständigen – sind abgedruckt in der Ausschussdrucksache 16(11)1258 des Ausschusses für Arbeit und Soziales und sind unter www.bundestag.de (Ausschuss für Arbeit und Soziales/Anhörungen) oder www.isor-sozialverein.de, Abschnitt: »Bei anderen gelesen« abrufbar. □



Bezüglich der Ungleichbehandlung der Bürger in Ost und West auf dem Gebiet des Lohn-, Gehalts- und Rentengefüges, speziell der Rentner im Osten Deutschlands auf ihrem letzten Lebensabschnitt wurde in den TIG **Salzwedel, Klötze, Gardelegen und Wolmirstedt** eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Die Aktion erbrachte 220 Unterschriften, die der Bundeskanzlerin mit der Bitte um Kenntnisnahme und Weiterleitung an den Petitionsausschuss des Bundestages übersandt wurden.

Auf Grund gleichlautender Unterschriftenbekundungen aus der Bevölkerung liegt die Eingangsbestätigung des Petitionsausschusses vom 19.11.08 für die TIG Gardelegen mit der Nr. 031500/0265 vor. Es wird in Aussicht gestellt, dass der Bundestag auf Grund einer diesbezüglichen Empfehlung des Petitionsausschusses einen Beschluss fassen wird und das Ergebnis an die Absender schriftlich ergeht.

Fred Schmidt,
Mitglied des Beirates

wir das Heim permanent besser gestalten, nach wie vor bieten wir unseren Gästen ein umfangreiches Angebot an Ausflügen hier bei uns im Norden. Unsere Ausflugsfahrten führen zu den Gedenkstätten; Hamburg mit einer Stadt- und Hafenrundfahrt, der Vogelpark, Worpsswede, das Alte Land und natürlich die Lüneburger Heide sind weitere Ziele. Berliner und drumherum werden immer noch mit unserem Kleinbus abgeholt, dasselbe gilt auch für andere Orte bei einer Teilnehmerzahl von mindestens 4 Personen. Seminare können und werden durchgeführt in denen wir in der Tradition antifaschistisches Wissen vermitteln, die derzeitige Wirtschafts- und Finanzsituation analysieren und Antworten suchen, wie Lösungen im Sinne der Allgemeinheit zu finden sind.

Natürlich sind wir durch Werbung bestrebt noch mehr Kameradinnen und Kameraden für einen Urlaub bei uns zu gewinnen. Dazu kann jeder, der schon einmal hier war beitragen. Wir sind bemüht, durch eine günstige Preisgestaltung den Urlaub für jeden erträglich zu gestalten. Die steigenden Kosten in allen Bereichen machen es erforderlich, dass die Besucherzahl zunimmt und wir glauben, dass es noch viele Kameradinnen und Kameraden gibt, die noch nicht bei uns waren. Deshalb bitten wir alle, »Heideruh« in unseren Organisationen, Parteien und Vereinen bekannt zu machen damit wir mindestens weitere 40 Jahre existieren können. Zu unserem Leidwesen wurde uns in Berlin am 1. November unser Kleinbus geklaut. Die Polizei machte uns keine Hoffnung den Bus wieder zu finden, wir sind jedoch darauf angewiesen, damit wir unsere Fahrten durchführen können. Der Verlust ist ein harter Brocken und die Anschaffung eines Ersatzfahrzeugs finanziell schwer zu verkraften. Deshalb bitten wir alle, die noch einen Euro über haben sich an der Finanzierung einer VW-Caravelle durch eine Spende zu beteiligen unter dem Kennwort: «Busspende». Im Voraus unseren Dank. Nochmals alles Gute, einen guten Rutsch in das neue Jahr wünscht allen,

Euer »Heideruh« Team
(redaktionell gekürzt)

Auf dem Büchermarkt:

Ulrich Busch / Wolfgang Kühn / Klaus Steinitz
»Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland«

Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit
VSA-Verlag Hamburg, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg

Tel.: 040 28 09 52 77-10

Internet: www.vsa-verlag.de

ISBN 978-3-89965-331-1

Eine sehr aussagefähige Dokumentation unterlegt mit Tabellen und Grafiken über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit 1990 und ihre Defizite.

Bei anderen gelesen:

Pressemitteilung 2 / 2009 der BAGSO
Impf-Beratung in Apotheken
bis März verlängert

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) verlängert ihre Aktion »Grippe und Lungenentzündung gemeinsam vorbeugen«. Bis März 2009 können sich ältere Menschen in Apotheken, die als seniorengerecht zertifiziert wurden, zum Thema Impfungen beraten lassen.

Mit neuen Materialien und Service-Angeboten

will die BAGSO noch mehr ältere Menschen von den für sie wichtigen Impfungen überzeugen. Über eine kostenfreie Telefon-Hotline unter der Nummer 0800 / 55 66 773 erfahren Interessierte wochentags von 10-16 Uhr, welche seniorengerechten Apotheken sich in ihrer Nähe befinden ...

(Der vollständige Wortlaut der Information ist unter www.bagso.de abrufbar).

Aus der Postmappe:

Liebe Freunde, seit nunmehr über 60 Jahren existiert, dank eurer Verbundenheit mit »Heideruh«, unser Heim ...

Zurückgekehrt aus den Zuchthäusern und KZ's machten sich unsere Genossinnen und Genossen aus der KPD und SPD zusammen mit weiteren antifaschistischen Kameradinnen und Kameraden daran, für die Geschundenen einen Ort der Erholung zu schaffen in dem man nicht nur körperlich wieder aufgebaut wurde, sondern auch die Zusammenarbeit und das Miteinander gemäß dem Schwur von Buchenwald »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« umzusetzen ...

Die Nachkriegsgenerationen prägen heute das Bild von »Heideruh«. Auf Grund einer den Verhältnissen entsprechenden Auslastung konnten

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.01.2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.02.2009

Einstellung im Internet: 06.03.2009

Auslieferung: 12.03.2009

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr